

Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation (Stand 18.03.2025)

Die zunehmende Verbreitung von Hass im Netz und Desinformation stellt eine ernsthafte Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Debattenkultur dar. Als Zusammenschluss führender Organisationen im Bereich digitaler Demokratiearbeit und Extremismusprävention bündeln wir unsere Expertise, um fundierte Erkenntnisse bereitzustellen und praxistaugliche Lösungsansätze zu entwickeln.

Unsere Empfehlungen an die neue Koalition 2025

1. Demokratieförderung und Extremismusprävention sichern

Um gesellschaftlicher Spaltung und Polarisierung entgegenzuwirken, müssen demokratische Werte in der Gesellschaft unbedingt gefestigt werden. Zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Extremismusprävention ist eine zentrale Säule unserer Gesellschaft. Förderprogramme wie das Bundesprogramm Demokratie leben! müssen weiterhin in gleichem Maße finanziell abgesichert sein.

2. Spezialisierung zu Hass im Netz in Beratung, Verfolgung und Forschung verankern

Notwendig ist ein bundesweites Netzwerk spezialisierter Beratungsstellen sowie geschulter Strafverfolgungsbehörden, die auf Anliegen Betroffener adäquat reagieren. Zudem muss in Justiz, Strafverfolgung und Öffentlichkeit ein vertieftes Verständnis für die Dynamiken und strafrechtlich relevanten Aspekte von Hass im Netz etabliert werden. Bestehende Wissenslücken zu Hassdynamiken und Auswirkungen müssen durch interdisziplinäre, systematische Forschung geschlossen werden.

3. Desinformation erkennen

Der Digital Services Act (DSA) reguliert Desinformation nur indirekt. Für die Erkennung von Informationsmanipulation als systemisches Risiko braucht es Langzeitmonitoring von Desinformationsnarrativen und Amplifizierungstaktiken auch außerhalb des Wahlkampfes.

4. Medienkompetenz als nationale Bildungsoffensive priorisieren

Wir müssen Medienkompetenz stärker und konsequenter fördern, dauerhafte Strukturen etablieren, Medienkompetenzvermittlung in formalen, informellen sowie non-formalen Settings realisieren und dauerhaft fest verankern. Wir brauchen eine nationale Bildungsoffensive Medienkompetenz und eine bundesweite „Koordinierungsstelle für Medienpädagogik und digitale Bildung“.

5. Schutz vor digitaler Gewalt und Hasskriminalität gewährleisten

Betroffene müssen besser geschützt und unterstützt werden. Sie sollen ein kostenfreies, leicht zugängliches und einfach auffindbares Beratungsangebot vorfinden, um effektiver gegen Hasskriminalität im Internet vorgehen zu können. Außerdem sollte die Einführung eines Gesetzes gegen digitale Gewalt zur Durchsetzung von individuellem Recht im Netz auch im aktuellen Koalitionsvertrag verankert sein.

6. Konsequente Rechtsdurchsetzung des DSA

Für eine konsequente Durchsetzung des DSA auf nationaler Ebene braucht es eine durchsetzungstarke und unabhängige Koordinierungsbehörde, die vom Bundeshaushalt mit ausreichend finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet wird. Insbesondere Kinder und Jugendliche bedürfen eines besonderen Schutzes und müssen bei der Plattformregulierung berücksichtigt werden.

7. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung abbauen

Nur durch institutionelle Veränderungen und eine klare Verantwortungsübernahme kann gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit langfristig entgegengewirkt werden. Erforderlich sind wirksame Maßnahmen gegen Antisemitismus, Antiziganismus, alle Formen von Rassismus sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Diese Maßnahmen müssen insbesondere in politischen Institutionen, der Verwaltung, der Justiz und im Bildungssystem verankert werden. Dazu gehören verpflichtende Fortbildungen zu diskriminierungssensiblen Strukturen, unabhängige Beschwerdemechanismen sowie eine konsequente Erfassung und Sanktionierung von diskriminierenden Vorfällen.

Über uns: Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation

Unser Netzwerk, bestehend aus Das NETTZ, der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), HateAid, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Neue Deutsche Medienmacher*innen und der Meldestelle REmpect! – im Netz arbeitet daran, bestehende Schutzmechanismen zu verbessern und einen faktenbasierten Dialog über wirksame Strategien gegen digitale Gewalt und Desinformation zu fördern. Wir werden finanziert im Bundesprogramm Demokratie leben! als Kooperationsverbund zur Schaffung einer bundeszentralen Infrastruktur im Themenfeld Hass im Netz und Desinformation.

Das NETTZ, GMK, HateAid, Neue Deutsche Medienmacher*innen waren bis Ende 2024 Teil des [Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz](#) und haben gemeinsam die repräsentative Studie „[Lauter Hass – leiser Rückzug](#)“ veröffentlicht.

Kontakt: hanna.bleiss@das-nettz.de, Co-Geschäftsführerin und Gründerin von Das NETTZ
(Netzwerk-Koordinierungsstelle)